

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
Studierendenparlament
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Präsidium
Tel: +49-30-2093-2603 / -2614
Fax: +49-30-2093-2396
mailto: praesidium@stupa.hu-berlin.de
www.stupa.hu-berlin.de



Protokoll der 1. Sitzung des 15. Studierendenparlaments, 19. April 2007

Sitzungsleitung: Peggy, Johannes, Martin und Jana (bis 5.1, dann Hannah, Olaf, Daniél, Juliette, Johannes)

Beginn: 18:52

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Änderungsantrag von Göran zur Tagesordnung, Aufnahme eines weiteren Antrags 6.10
Abstimmung: 32:2:4, Antrag angenommen.
geänderte TO p.A. beschlossen.

2. Bestätigung des Protokolls der 8. Sitzung des 14. StuPa vom 22.01.2007

p.A. bestätigt

3. Mitteilungen und Berichte

3.1 Mitteilung des Präsidiums von Jana

- zwei Rücktritte, zweimal Mandat ruhen lassen.
- Bitte um geschlechtsneutral formulierte Anträge.
- zum Reden bitte nach vorne kommen.
- Hinweis auf die quotierte Redeliste.

3.2 Bericht des RefRats von Göran

Kultur: Veranstaltungsplanung, -organisation und -durchführung, Semesterabschlussparty, Ideenaustausch mit Studierenden anderer Universitäten, Antragsbetreuung, Allgemeinorganisatorisches.

Öffentlichkeitsarbeit: Antragsbetreuung, Gremienarbeit, StudKal, Pressearbeit für studentische Initiativen.

Antifa: Betreuung der Fortsetzung des Frauenrhetorikseminars von Studentinnen, Antragsbetreuung, Arbeit am Reader, Betreuung/Beratung eines ausländischen Studierenden, der von seinem Prof diskriminiert wird.

Publikationen: Arbeit an der HUch!

HoPo: Einarbeitung der Mitreferentin, LAK-Arbeit, studentische Vernetzungstreffen, Vorbereitung für die nächste LAK, Info-Tisch in Zusammenarbeit mit anderen Studierenden, Seminarrauswurf-Kampagne.

Frauenpolitik: Durchführung eines Wochenendseminars zu Rhetorik für Studentinnen, Treffen mit Frauenbeauftragten wegen Veranstaltung zu Grenzüberschreitungen bzw. sexueller Belästigung an der Uni, Treffen mit Inis, Mitarbeit an der HUch!, Artikel in UnAufgefordert.

Soziales: Einstellungen für SemTix-Büro abgeschlossen, Einarbeitung des potentiellen Co-Referenten, Beratung in Adlershof läuft, Fortbildung zum Thema Sozialrecht, Vorbereitung für nächste Fortbildung, Beschäftigung mit der HU-„Umfrage“ zur Situation ausländischer Studierender.

Finanzen: Ausstellen von Gehaltsnachweisen, Entschuldungsantrag von FoodCoop fürs StuPa vorbereitet, Antragsbearbeitung fürs StuPa, Entlastung des Haushalts 2005, Abrechnung des Kinderladens, Wirtschaftsprüfbericht 2006, Werkverträge SemTix und Verlängerung, Bearbeitung der Festgeldanlage.

LuSt: UnAuf-Artikel zum Thema „Aktive Teilnahme“, weiteren Artikel zum Thema „Zwangsberatung“ verfasst, Infoveranstaltung für Berliner und Brandenburger SchülerInnen zum Thema „Perspektiven nach der Ablehnung“, Veranstaltungsvorbereitung zur Aktiven Teilnahme und Vertrauensschutz, Unterstützung der Studierbarkeitsumfrage, Einklageberatung, Einarbeitung in Thema „Betrugsversuch“, Mitarbeit in Kommission für Lehre und Studium des AS der HU.

Antira: Antragsbetreuung, demnächst Filmreihe zu Migration und Bildung, Zusammenarbeit mit Beratung für ausländische Studierende.

FaKo: Planung fürs neue Semester und die FaKo-Sitzungen (alle drei Wochen, ein Treffen mit Prof. Marksches).

StuKi: Bewerbungskommissionsmitarbeit SemTix, Überarbeitung der BEO, Ideensammlung und MitarbeiterInnensuche Exzellenz-Cluster, Vorbereitung eines Gesprächs mit Eveslage wegen des Haushalts der Humbolde 2007, Organisatorisches Kinderladen, Vorbereitung des Elternabends bei den Humbolden, Kind-Erziehung.

4. Bildung des Haushaltsausschusses im Losverfahren

Lena (Studentischer Wahlvorstand, nicht StuPa-Mitglied) zieht:
AdlershofNOW, LHG, Jusos.

Die restlichen Loszettel werden der Vollständigkeit halber verlesen.

5. Wahlen und Bestätigungen

5.1 StuPa-Präsidium

Vorschläge: Daniél (LiLi), Olaf (LuSt), Hannah (Grünboldt), Johannes (Trackliste), Eva (RCDS), Juliette (mutvilla), Martin (UHH, lehnt ab).

Bildung einer Wahlkommission: Lisa, Francesco (OLKS), Christian (LHG).

Die Vorgeschlagenen stellen sich kurz vor.
Keine Nachfragen.

Francesco stellt das Wahlverfahren vor.

Ergebnis: 55 abgegebene Stimmen, Quorum liegt bei 28 Stimmen. Daniél (41, g), Olaf (39, g), Hannah (39, g), Johannes (34, g), Eva (10, ng), Juliette (38, g).

Die gewählten KandidatInnen nehmen ihre Wahl an.

5.2 Studentischer Wahlvorstand

Lena erklärt ihren Rücktritt aus dem Studentischen Wahlvorstand und schlägt David als ihren Nachfolger vor.

David stellt sich kurz vor.

Nachfrage von Jan (Monarchisten), wie er sich seine Arbeit vorstellt, in ihrem Interesse läge es, dass er nichts machen würde. Antwort von David, dass er diesem Wunsch nicht nachkommen wird.

Ergebnis: 41:5:3:2, David ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

5.3 Referat für Hochschulpolitik

Lena (als Co) und René (als Haupt) stellen sich vor.

Olaf (LuSt) begrüßt die Bewerbung der beiden, da hochschulpolitisch und publikationstechnisch einiges zu tun sein wird.

1. Wahlgang, René.

Ergebnis: 36:10:5:3, René ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

2. Wahlgang, Lena.

Ergebnis: 40:4:2:5, Lena ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

5.4 Referat für Soziales

Stephan stellt sich für das Amt des Co-Referenten vor.

Keine Nachfragen.

Silvia (SozRef) ergänzt, dass sie seine Wahl sehr begrüßen würde.

Ergebnis: 42:2:4:6, Stephan ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

5.5 Referat für Publikationen

TobiasB (LiLi) stellt sich vor.

Keine Nachfragen.

Ergebnis: 35:6:8:3, Tobi ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

5.6 RefRat-SprecherInnen

Silvia (SozRef) und René (HoPo) stellen sich vor.

Abstimmung: 33:6:8, Silvia und René sind damit bestätigt.

6. Anträge

6.1 Frauenförderrichtlinie / BEO

Jenny (UHH) und Olaf (LuSt) stellen den Antrag vor und erklären Hintergründe und Auswirkungen.

Das StuPa möge beschliessen:

Art.1: Änderung der Satzung der Studentinnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin § 2

„StudentInnenschaft“ wird durch einen Abs. 3 ergänzt:

„Zur Gewährleistung der Kinderbetreuung in Abstimmung mit der Sitzungszeit von Amts- und MandatsträgerInnen, wird in den Geschäftsordnungen der Organe der StudentInnenschaft und ihrer Kommissionen geregelt, dass Sitzungen nicht länger als bis 18.00 Uhr dauern sollen.

Längere Sitzungszeiten oder ein späterer Sitzungsbeginn sind mindestens eine Woche im Voraus, spätestens aber mit der Einladung zur Sitzung gesondert anzukündigen.

Die StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin gewährleistet, dass Mitgliedern seiner gewählten Organe, die für Kinder unter 14 Jahren sorgeberechtigt sind oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben, aus Mitteln des Haushalts ein angemessener Ausgleich für notwendige Ersatzbetreuung in der Zeit

erstattet wird, welche die jeweilige Sitzung den in Satz 1 bestimmten Zeitpunkt überschreitet. Näheres ist in einer Ordnung zu regeln.“

Art 2: Änderung der Geschäftsordnung des StudentInnenparlaments

§ 2 „Einberufung der Sitzung“ Abs. 3 wird durch einen Satz 3 ergänzt:

„Ist zu erwarten, dass das StuPa über den Zeitpunkt von 18.00 Uhr hinaus tagt oder erst nach diesem Zeitpunkt mit der Sitzung begonnen wird, ist hierauf sowie auf die vorraussichtliche Dauer der Sitzung in der Einladung gesondert hinzuweisen, damit für eine ausreichende Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen gesorgt werden kann.“

Art. 3: Beschluss einer Ordnung über die Erstattung von Entgelt für Ersatzbetreuung (Ersatzbetreuungsentgelterstattungsordnung – BEO)

Das StuPa erlässt folgende Ordnung:

„Ordnung über die Erstattung von Entgelt für Ersatzbetreuung (Ersatzbetreuungsentgelterstattungsordnung – BEO)

Das StudentInnenparlament hat am 19.04.2007 auf der Grundlage von § 2 Abs. 3 der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin vom 28. Oktober 1993, in der Fassung der Änderung vom 27. April 1998 folgende Satzung als vorbildliche Umsetzung von § 12 Abs.3 der Frauenförderrichtlinien der Humboldt-Universität zu Berlin erlassen:

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Ordnung regelt die Erstattung von Entgelt, das für eine Ersatzbetreuung von Kindern unter 14 Jahren sowie von pflegebedürftigen Angehörigen von Mitgliedern gewählter oder diesen gleichgestellten Organe der StudentInnenschaft während deren Teilnahme an Sitzungen anfällt. Sie gilt weiterhin für Mitglieder der StudentInnenschaft, die sich in einem Arbeitsverhältnis mit ihr befinden, aus dem sich Anwesenheitspflichten auf Fortbildungen und Versammlungen im Rahmen der Diensttätigkeit ergeben.

§ 2 Erstattungsberechtigte

(1) Erstattungsberechtigt sind Amts- und MandatsträgerInnen gewählter Organe der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. § 2 Abs. 2 Satz 2 der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin gilt entsprechend. Soweit sie Mitglied von Fachschaftsräten sind, besteht eine Erstattungsberechtigung nur, soweit die für die Fachschaft finanzwirksamen Bestimmungen dieser Satzung durch Beschluss des Fachschaftsrates bestätigt wurden. Die Bestätigung ist dem Finanzreferat anzuzeigen. Anerkannte Fachschaftsinitiativen gem. § 26 der Finanzordnung stehen gewählten Organen im Rahmen dieser Ordnung gleich.

(2) MandatsträgerInnen nach Abs. 1 sind die gewählten Mitglieder des StudentInnenparlaments (StuPa) sowie deren StellvertreterInnen.

(3) AmtsträgerInnen nach Abs. 1 sind:

Nr. 1 – die vom StuPa gewählten ReferentInnen des ReferentInnenrats sowie deren StellvertreterInnen,

Nr. 2 – die vom StuPa bestätigten ReferentInnen Besonderer Referate sowie deren StellvertreterInnen,

Nr. 3 – die von der Fachschaft gewählten FachschaftsamtInnen,

Nr. 4 – die aktiven Mitglieder von Fachschaftsinitiativen, die nach Abs. 1 Satz 3 FachschaftsamtInnen gleichgestellt sind.

(4) Erstattungsberechtigt sind ferner:

Nr. 1 – Angestellte der StudentInnenschaft oder andere Angestellte, die den Weisungen der StudentInnenschaft unterliegen, im Rahmen ihrer Diensttätigkeit gem. § 3 Abs. 3 Nr. 3,

Nr. 2 – Mitglieder der StudentInnenschaft, die bei ihr in einem sonstigen Arbeitsverhältnis stehen nach Maßgabe von § 3 Abs. 3 Nr. 4.

§ 3 Erstattungsanspruch

(1) Berechtigte können einen Erstattungsanspruch nur für die Betreuung folgender Personen geltend machen:

Nr. 1 – Kinder unter 14 Jahren, für die sie das Sorgerecht haben,

Nr. 2 – nahe Angehörige, die pflegebedürftig sind,

Nr. 3 – in begründeten Härtefällen für weitere Personen, für welche die Berechtigten eine besondere Sorgeverpflichtung haben.

(2) Ein Anspruch auf Erstattung besteht für die Ersatzbetreuung, die notwendig wird, weil die/der Berechtigte nach 18:00 Uhr oder am Wochenende an abrechnungsfähigen Sitzungen teilnimmt.

Grundsätzlich ist die/der Berechtigte verpflichtet, Möglichkeiten einer kostenlosen Ersatzbetreuung vorrangig in Anspruch zu nehmen. Ein Erstattungsanspruch besteht nicht, wenn von der StudentInnenschaft

für die Dauer der Sitzung bereits eine angemessene Ersatzbetreuung bereit gestellt wird.

(3) Unter der Woche wird der Aufwand für die Zeit ab 18:00 Uhr für die Dauer der Teilnahme, spätestens aber bis zum Ende der Sitzung erstattet sowie einer weiteren Stunde, die für die Heimfahrt angerechnet wird. Am Wochenende wird der Aufwand für die gesamte Dauer der Teilnahme zzgl. bis zu 2 Stunden für Hin- und Rückfahrt, soweit nicht eine längere Fahrzeit im Einzelfall erforderlich ist, erstattet.

(4) Abrechnungsfähige Sitzungen sind:

Nr. 1 – für MandatsträgerInnen solche Sitzungen von Organen, denen sie als Mitglied angehören; für deren StellvertreterInnen, wenn diese in der abzurechnenden Sitzung das Mandat ausüben;

Nr. 2 – für AmtsträgerInnen solche Sitzungen, an denen sie in ihrer Eigenschaft als AmtsträgerInnen teilnehmen;

Nr. 3 – für Angestellte der StudentInnenschaft im Rahmen ihrer Diensttätigkeit für Fort- und Weiterbildungen sowie für Dienstversammlungen;

Nr. 4 – für Mitglieder der StudentInnenschaft, die bei ihr in einem sonstigen Arbeitsverhältnis stehen, für Fortbildungen und die Teilnahme an Plena, sofern diese nicht wesentlicher Teil ihrer Diensttätigkeit sind.

§ 4 Erstattungshöhe/ Festsetzungsermächtigung

(1) Für Aufwendungen zur Ersatzbetreuung werden je abrechnungsfähiger Stunde 7 Euro und 50 Cent als Aufwandsentschädigung erstattet.

(2) Der ReferentInnenrat entscheidet über die Angleichung der nach Abs. 1 festgesetzten Aufwandsentschädigung an die allgemeine Teuerungsrate.

§ 5 Antragstellung

(1) Eine Aufwandsentschädigung für Ersatzbetreuung wird nur auf Antrag erstattet. Der Antrag ist beim Finanzreferat zu stellen.

(2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern diese nicht bereits vorgelegt wurden:

*die Immatrikulationsbescheinigung,
die Geburtsurkunde des Kindes oder ein Äquivalent bzw. eine Bescheinigung über die*

*Pflegebedürftigkeit der betreuten Person,
eine Anwesenheitsbescheinigung für die abzurechnende Sitzung,
eine Erklärung an Eides statt, dass die gem. § 3 Abs. 1 betreute Person zur Zeit der*

*abzurechnenden Sitzung kostenpflichtig betreut wurde.
(3) Über den Erstattungsanspruch entscheidet das Finanzreferat. Widersprüche gegen Entscheidungen des Finanzreferats werden vom ReferentInnenrat (RefRat) entschieden.*

§ 6 Haushaltsrechtliche Zuordnung

(1) Erstattungsleistungen an Amts- und MandatsträgerInnen werden aus dem Haushalt des StudentInnenparlaments gezahlt, und zwar:

Nr. 1 – für Mitglieder des StudentInnenparlaments aus dem Budget des StuPa,

Nr. 2 – für Mitglieder des ReferentInnenrats aus dem Budget des RefRat,

Nr. 3 – für Mitglieder von Fachschaftsräten bzw. ihnen gleichgestellten -initiativen aus deren jeweiligem Budget. Übersteigt die zu gewährende Leistung den Finanzrahmen des Fachschaftsbudgets und wird dadurch die Erfüllung ihrer Aufgaben gefährdet, kann im Einzelfall eine Zahlung aus dem Budget des StudentInnenparlaments gewährt werden.

(2) Erstattungsleistungen an Angestellte nach § 2 Abs. 4 Nr.1 oder sonstige MitarbeiterInnen gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 2 werden aus dem Haushalt bzw. – soweit vorhanden – aus dem Budget, gezahlt, aus dem auch ihr Gehalt gezahlt wird.

§ 7 Schlußbestimmung

Diese Ordnung tritt nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin in Kraft.“

Jana (LiLi) ergänzt, dass dies ein wichtiger Antrag ist und die Abstimmung somit wichtig.

Olaf ergänzt einige weitere Kleinigkeiten und dass diese Ordnung weiter propagiert und verbreitet werden soll.

Abstimmung: 47:0:5, Antrag ist damit angenommen.

6.2 Teilentschuldung FoodCoop

Greta (FoodCoop) stellt den Antrag vor. Robert (FinRef) ergänzt einige Worte.

Hiermit beantragen wir, die derzeitigen Mitglieder der studentischen Initiative FoodCoop, eine Teilentschuldung. Dies würde unseren Fortbestand ermöglichen.

Nachfrage von Hannah (Grünboldt), wie die Zurückzahlung getätigt werden sollte, wenn nicht gewinnorientiert gearbeitet wird. Antwort Greta, dass es Planungen gab über Hoffeste etc. Geld einzunehmen, die sich jedoch zumeist nicht erfüllt haben.

Nachfrage Lukas (RCDS), wem das Tun der FoodCoop zugute kommt. Antwort, dass diese eben allgemein offen ist und jedeR mitmachen kann.

Verwarnung für Bernd (Adlershof NOW).

Wortmeldung TobiasR (LiLi), dass es keinen Grund für Heiterkeit über die Arbeit der FoodCoop gebe, manche Fachschaften geben weitaus mehr Geld für Unsinn aus.

Wortmeldung Göran (LuSt), dass FoodCoop auch eine soziale Rolle innerhalb der VS erfüllt und sich auch mit wirtschaftstheoretischen Faktoren der Ernährung beschäftigt.

Abstimmung: 45:6:1, Antrag ist damit angenommen.

6.3 Entlastung Haushalt 2005

Robert (FinRef) stellt den Antrag vor.

Das Studierendenparlament der HUB möge beschließen:

I. Das Studierendenparlament der HUB beschließt die Entlastung der Jahresrechnung 2005 gemäß §109(3) LHO.

II. Das Studierendenparlament der HUB beschließt die Entlastung des ReferentInnenRates für das Jahr 2005 gemäß § 8a (2) der Satzung der StudentInnenschaft der HUB.

Keine Nachfragen.

Abstimmung: 42:0:4, Antrag ist damit angenommen.

6.4 Antrag der FS Physik - ZaPF-Tagung.

Felix (FS Physik) stellt den Antrag vor.

Beantragt werden 1500,- Euro als Unterstützung für die Durchführung der Bundesfachschaftentagung.

Keine Nachfragen.

Abstimmung: 43:0:6, Antrag ist damit angenommen.

6.5 Antrag der Gruppe Die Linke.HU

Jörn (DL.C) stellt den Antrag vor. Die Begründung wird gestrichen.

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin übt in seiner Funktion als Organ der verfassten Studierendenschaft scharfe Kritik an der Entscheidung von Bundestag und Regierung, die BAföG-Sätze auch im aktuellen Semester nicht anzuheben. Es weist darauf hin, dass die Sätze seit 2001 nicht an die gestiegenen Kosten, die zum Absolvieren eines Studiums und zur Lebenshaltung nötig sind, angepasst wurden.

Wir kritisieren des Weiteren die mit dem Verzicht auf eine notwendige Erhöhung der BAföG-Sätze sich nochmals verstärkende Auslese der Studierenden nach sozialen Kriterien: Studierende, deren Eltern nicht über die notwendige finanzielle Kraft verfügen, werden immer stärker in die Verschuldung durch verzinste Kredite getrieben. Aufgrund fehlender gesetzlicher Bestimmungen wird es den Betroffenen immer schwerer, diese Kredite zurückzuzahlen, da immer mehr AkademikerInnen in sog. „Praktika“ oder direkt in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden.

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität fordert die politisch Verantwortlichen auf, die Politik der sozialen Auslese an deutschen Universitäten zu beenden und als einen ersten Schritt die Sätze des BAföG auf eine Höhe zu heben, die den tatsächlichen Kosten des Lebens entsprechen. Das Studierendenparlament möge dies in Form eines offenen Schreibens an die Vorsitzenden der Fraktionen im Bundestag und die Bundesministerin für Bildung und Forschung kundtun.

Wortmeldung Doris und Jana (LiLi), Änderungsantrag.

Anfügen des Teilsatzes „und nach Möglichkeit die Berechtigungskriterien auszuweiten.“ an den vorletzten Satz.

Wortmeldung Jan (Monarchisten), Unterstützung des Antrags, Probleme mit manchen Formulierungen.
Antwort Jörn

Nachfrage Jenny (UHH) nach Sinnhaftigkeit des Antrags nachdem Novelle bereits geschehen ist.

Antwort: langfristige Wirkung.

Nachfrage Christine (AdlershofNOW), wer den Text verfasst habe.

Antwort: Die Liste Die Linke.Campus, Änderungsanträge können reingenommen werden.

GO-Antrag von Jenny (UHH) auf Abbruch der Debatte. Formale Gegenrede.

Abstimmung: 22:15:8, Antrag ist angenommen, Debatte wird damit abgebrochen.

Änderungsantrag wird von der LiLi zurückgezogen, aber vom Antragssteller aufrecht erhalten.

Anmerkung: die LiLi protestiert dagegen, dass eine weitere Liste unter dem Namen Die Linke.HU antritt.

Abstimmung: 22:8:12, Antrag ist damit angenommen.

6.6 Harte Quotierung

Tobi (LiLi) stellt den Antrag vor.

Das 15. StuPa beschließt die harte Quotierung bei Redelisten umzusetzen.

- Frauen und Männer reden abwechselnd

- Frauen werden in die Redeliste quotiert, auch wenn sie sich später gemeldet haben.

- Sind nur drei oder mehr Männer und keine Frau auf der Redeliste, so stimmt das StuPa über die Fortführung der Debatte ab.

- Bleibt die Situation nach drei weiteren Redebeiträgen unverändert, stimmen nur die weiblichen Mitglieder des StuPas über eine Fortführung der Debatte ab. Wird die Debatte nach der Abstimmung fortgeführt, endet sie automatisch nach den der Männern.

Gültigkeit: Ab sofort.

Nachfrage Jan (Monarchisten), welches Geschlecht gemeint ist - biologisch, gesellschaftlich konstruiert.

Antwort, dass vom konstruierten ausgegangen wird.

Wortmeldung Nelo (LiLi), dass jenseits vom Ausgangspunkt der Konstruktion Frauen strukturell benachteiligt sind etc., diesem soll diese Quotierung Rechnung tragen.

GO-Antrag Daniél (LiLi) auf Abbruch der Debatte. Formale Gegenrede.

Abstimmung: 35:7:3. Antrag angenommen, Debatte ist damit abgebrochen.

Abstimmung des gesamten Antrags: 29:10:8, Antrag ist damit angenommen.

6.7 Antrag der Trackliste - UN-Mandat

Johannes (Trackliste) stellt den Antrag vor.

In Anlehnung an Antrag 5.7 der 8. Sitzung des 14. StuPa am 22. Januar 2007, die Diskussion dazu im Allgemeinen und Herrn Plöses Vorschlag im besonderen, beantragt die Liste „Danke, gut. - Die Trackliste“, dass das StuPa sein Präsidium beauftragt für sich beim südkoreanischen Nachfolger Kofi Annans den Auftrag für ein UN-Mandat einzuholen, um den Studentischen Wahlvorstand im Rahmen seiner Sitzungen auf Waffen zu kontrollieren.

GO-Antrag von Daniél auf sofortige Abstimmung. Formale Gegenrede.

Abstimmung: viele:4:2, Antrag angenommen, es wird zur Abstimmung geschritten.

Abstimmung des gesamten Antrags: 20:15:2, Antrag ist damit angenommen.

Verwarnung für Francesco (OLKS).

6.8 Urabstimmung

Daniél (SemTix-Beauftragter) stellt den Antrag vor.

Das StuPa möge beschließen:

Die Studierendenschaft der HU zu Berlin führt am 22. und 23. Mai 2007 eine Urabstimmung zum Angebot auf Verlängerung des Semesterticketvertrages durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) durch.

Der Urabstimmungstext lautet wie folgt:

„Urabstimmung über die Verlängerung des Semesterticketvertrags“

Der aktuelle Vertrag zwischen der Studierendenschaft der HU und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) über ein Semesterticket läuft zum kommenden Sommersemester aus. Der VBB hat die Fortführung dieses Vertrages unter der Bedingung einer gestaffelten Preisanpassung angeboten.

Die Erhöhungen belaufen sich auf (jeweiliger Endpreis in Klammern):

- | | | |
|----|---------------------|-------------------------|
| 1. | 3,0 % (154 Euro) | zum Sommersemester 2008 |
| 2. | 2,9 % (158,50 Euro) | zum Sommersemester 2009 |
| 3. | 3,2 % (163,50 Euro) | zum Sommersemester 2010 |
| 4. | 2,8 % (168 Euro) | zum Sommersemester 2011 |

Ich stimme der Fortführung des Vertrages unter diesen Bedingungen zu.

Ich stimme der Fortführung des Vertrages unter diesen Bedingungen nicht zu.“

Nachfrage Marie (Grünboldt), ob dann nur dieser Vorschlag abgestimmt wird, oder ob es eine Alternative gäbe.

Antwort, dass die Alternative eine Ja/Nein-Entscheidung wäre. Es wird eine Broschüre geben. Entweder VBB-Angebot oder kein Semesterticket.

Wortmeldung Lasse (mutvilla), dass die meisten Semesterticket des Preises wegen der Umweltkarte vorzögen und deswegen wohl dafür stimmen würden.

Nachfrage Steffi (DL.C) wie denn die Verhandlungen geführt wurden.

Antwort, dass Verhandlungen von allen Berliner Hochschulen gemeinsam geführt wurden (außer TU), die anderen jedoch einer Urabstimmung eher abgeneigt seien.

Wortmeldung Jana, dass damalige Abstimmung keine Mehrheit vertrat.

Daniél mit Bitte um Zustimmung.

Abstimmung: 42:1:1, Antrag ist damit angenommen.

6.9 Antrag der Monarchisten - Mahnmal

Jan (Monarchisten) stellt den Antrag vor.

Das StudentInnenparlament möge beschließen, einen Wettbewerb zur Errichtung eines Alexander Klute Mahnmals auszuschreiben. Im Innenhof des Hauptgebäudes der Universität soll eine Gedenkstätte entstehen, die an Chaos und Leid erinnert, welches durch Alexander Klute im Februar 2007 entstanden ist. Das Budget zu diesem Mahnmal möge 10.000 Euro betragen. Jede(r) der/ die will, kann sich bis zum 1. Juni 2007 anmelden und hat bis zum 31. Juni Zeit, seinen/ihren Projektentwurf dem vom Parlament gestellten Ausschuss vorzustellen. Der Ausschuss möge aus jeweils einem/r VertreterIn, der im StudentInnenparlament vertretenen Listen bestehen. Der Ausschuss soll drei von ihm ausgesuchte Entwürfe dem Parlament vorstellen, über welche das selbige abstimmen soll. Der Errichtungszeitpunkt hängt vom gewählten Projekt ab.

GO-Antrag von Rebecca (LuSt) auf Abbruch der Debatte. Formale Gegenrede.
p.A. angenommen.

Abstimmung: 5:viele:8, Antrag ist damit abgelehnt.

6.10 Rüge UnAufgefordert

Göran (ÖffRef) stellt den Antrag formell vor.

Der RefRat beantragt das Verhalten der Redaktion der UnAufgefordert formell zu rügen. Sollten sich die Probleme mit der Unaufgefordert fortsetzen, schlägt der RefRat vor, der UnAufgefordert zumindest die Redaktionsgelder für die kommenden Ausgaben nicht auszahlten.

Nachfrage Jörn (DL.C), worin die Probleme bestanden hätten und wie die Artikel inhaltlich waren.

Erklärung von Nelo (LiLi) dazu. Ergänzungen von Göran. Ergänzungen von Nelo.

Weitere Ergänzungen von TobiasR (LiLi) und Jenny (UHH).

Änderungsantrag von Debbie (Jusos), wird übernommen.

Ergänzung von Francesco (OLKS), dass UnAuf auch jedes Jahr im StuPa auftaucht aufgrund der Finanzsituation. Langsam reicht's.

Wortmeldung von TobiasR (LiLi), dass UnAuf nur noch Aussagen wiedergibt, kaum mehr Argumente seitens der Studierendenverwaltung, aber seitens der offiziellen Stellen. Veranschaulicht an drei Beispielen.

Ergänzung von TobiasB (LiLi), dass Anfrage des FU-Astas kam, wie HU-RefRat sowas finanzieren kann wie Dezember-UnAuf.

Abstimmung: 36:5:5, Antrag ist damit angenommen.

7. Sonstiges

- Lisa (OLKS) mit Bitte ans StuPa, dass offene Beleidigung an Wortmeldende zu unterlassen sei.

- 21.05., 14.06. nächste Sitzungen. Jeweils 18:30, Audimax.

Sitzung geschlossen um 22:19.

Darstellung der Ergebnisse: Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen/ungültige.

Für die Richtigkeit: das Präsidium.